

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

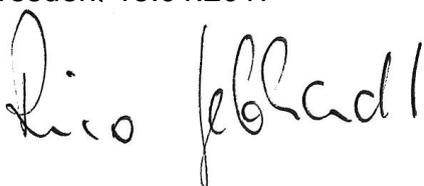
Thema: **Ein Jahr nach dem Neonazi-Überfall in Leipzig/Connewitz – Stand der Aufklärung der Hintergründe und der strafrechtlichen Verfolgung der Täter sowie Schlussfolgerungen der Staatsregierung**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, den Landtag ausführlich über den Stand, veranlasste Maßnahmen und die Ergebnisse bei der Aufarbeitung und der strafrechtlichen Verfolgung der am Überfall am 11. Januar 2016 im Leipziger Stadtteil Connewitz beteiligten Personen umfassend zu informieren und dazu insbesondere umfassend darzustellen:

1. die Informationen, Hinweise und Erkenntnisse, die den jeweils zuständigen Behörden im Vorfeld des Überfalls zu möglichen Aktivitäten, Vorbereitungen und Planungen vorlagen;
2. die im Vorfeld, zum Zeitpunkt und nach Verübung des Überfalls in Leipzig/Connewitz von den zuständigen Behörden angeordneten, eingeleiteten und laufenden polizeilichen sowie Strafverfolgungsmaßnahmen sowie deren Ergebnisse;
3. die nach dem Überfall getroffenen Vorkehrungen, um künftigen derartigen massiven Ausschreitungen und Gewalttaten rechtzeitig vorzubeugen und solche gegebenenfalls bereits im Vorfeld wirksam zu verhindern;
4. die bislang erzielten Erkenntnisse über die Vernetzung, Verankerung und Mitgliedschaft der im Rahmen des Polizeieinsatzes eingekesselten und in Gewahrsam genommenen Tatverdächtigen insbesondere in rechten, rechtsextremen, militanten und neonazistischen Strukturen, Gruppen, Organisationen und Parteien.

Dresden, 18.01.2017



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Am Montag, dem 11. Januar 2016, sammelten sich konspirativ rund 250 Personen – parallel zum zeitgleich stattgefundenen Legida-Aufmarsch in Leipzig – im Leipziger Stadtteil Connewitz mit der klaren Zielstellung, Einrichtungen und Personen der dort verankerten alternativen Szene anzugreifen. In der Connewitzer Wolfgang-Heinze-Straße beschädigten und verwüsteten diese Personen innerhalb kürzester Zeit eine Vielzahl von Geschäften, Cafés und Kneipen. Betroffen waren Einrichtungen, die vornehmlich von Menschen, welche der linksalternativen Szene zuzuordnen sind, besucht werden, aber auch Ladeneinrichtungen, wie Buchladen, Waschsalon u. a. Geschäfte.

Im Rahmen des danach veranlassten Großeinsatzes der Polizei gelang es, einen Großteil der Randalierer, etwa 215 Personen, einzukesseln und in Gewahrsam zu nehmen. Über die mediale Berichterstattung wurde mittlerweile bekannt, dass sich neben Fußball-Hooligans auch Kader der extremen Rechten, Mitglieder militanter Gruppen und aktive Kampfsportler aus Thüringen, und Sachsen unter den Verdächtigen befunden haben. Nach den Recherchen von „Zeit Online“ sollen sich darunter Personen befunden haben, die in der Vergangenheit für die NPD bzw. deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) tätig gewesen sind sowie aktive Mitglieder der rechtsextremen Partei „Die Rechte“, der verbotenen Naziorganisation „Weisse Wölfe Terrorcrew“ als auch mindestens ein ehemaliges Mitglied der ebenfalls verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz“.

Einer der dort in Gewahrsam genommenen Personen sitzt mittlerweile unter Terrorismusverdacht in Untersuchungshaft. Er wird verdächtigt, an Anschlägen der sogenannten „Gruppe Freital“ an Anschlägen auf Geflüchtete und DIE LINKE in Freital und Umgebung beteiligt gewesen zu sein. Die Liste der bisher bekannten und am Überfall beteiligten Personen zeigt einen offensichtlich hohen und beängstigenden Vernetzungsgrad innerhalb verschiedener gewaltbereiter Gruppen und Organisationen mit einem klar rechten, neonazistischen und gewaltbereiten Hintergrund. Der Hooligan-Forscher Robert Claus von der Universität Hannover verweist auf die neue Qualität dieses Angriffs und wird im Mitteldeutschen Rundfunk mit folgender Aussage zitiert:

„Der 11. Januar hat vor allem gezeigt, wie etabliert die Netzwerke aus Mitgliedern rechtsextremer Parteien und Kameradschaften bis hin zur Fußballszene sind. (...) Das zeigt, wie man sich punktuell zusammenfindet, gegen einen gemeinsamen Feind vorgeht und sich in Gewalt auslebt.“

Ausgehend von dem unhaltbaren Zustand, dass nach nunmehr einem Jahr der Öffentlichkeit keinerlei Ergebnisse der Untersuchungen und im Zuge der laufenden Verfahren durch die Staatsregierung und die ihr nachgeordneten zuständigen Behörden und Stellen vorgelegt worden sind, steht nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE der Landtag in der unmittelbaren politischen Verantwortung, endlich für die gebotene öffentliche Aufklärung und Aufarbeitung des Neonazi-Überfalls in Leipzig/Connewitz zu sorgen.

Mit dem Antragsbegehren soll daher die Staatsregierung in die Pflicht genommen werden, umfassend über den Stand, die Maßnahmen und die Ergebnisse der Aufarbeitung der Ereignisse und die strafrechtliche Verfolgung der am Überfall Beteiligten zu informieren. Hierzu zählt auch darzulegen, wie und mit welchen geeigneten Maßnahmen die Staatsregierung und die ihr nachgeordneten Behörden zukünftig auf die festzustellende und nicht länger hinnehmbare „neue Qualität“ solcher Art von rechten und neonazistischen Gewaltangriffen und Übergriffen zu reagieren gedenken sowie welche konkreten Vorkehrungen hierzu getroffen bzw. zu treffen beabsichtigt sind.